

Pulsnitzer Wochenblatt

Preisnehmer Nr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Seleg.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Ercheint Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrt oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 4.20 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 3.70, monatlich M 1.25, durch die Post abgeholt M 4.20.

Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeämter des Bezirks.

Postfach - Konto Leipzig 24 127. - Gemeinde - Giro - Konto 146.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gepaltene Zeitzeile (Post's Zeilenmaß 14) 50 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 40 Pfg. Amtliche Zeile M 1.20, außerhalb des Bezirkes M 1.50. Reklame M 1.— Bei Wiederholung Rabatt. Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangswiesiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall v. Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr 265.

umfassend die Ortsgemeinden: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Bollung, Großröhrensdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein - Dittmannsdorf

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr).

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 25.

Freitag, den 13. Februar 1920.

72. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Neue Zuckerpreise.

Nachdem das Reichswirtschaftsministerium mit Verordnung vom 18. Dezember 1919 (R. G. Bl. S. 2133) und vom 29. Januar 1920 (R. G. Bl. S. 180) die Preise für Verbrauchsucker erhöht hat, macht sich eine Neufestsetzung der Kleinhandelshöchstpreise für Zucker erforderlich.

Vom 13. Februar 1920 an gelten im Freistaat Sachsen bis auf weiteres die folgenden Kleinhandelshöchstpreise für Zucker:

für gemahlene Mehlis I, Kristallzucker und gemahlene Raffinade	Mk. 1.40 für das Pfund
„ Ruder-Raffinade, Kompen-Zucker und Brode	1.45 „ „ „
„ Würfelzucker	1.48 „ „ „
„ farbigen Kandis	1.65 „ „ „
„ Kandis weiß	1.70 „ „ „

Kleinverkauf ist der Verkauf unmittelbar an Verbraucher in der in offenen Läden üblichen Art.

Vorstehende Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 und der dazu ergangenen Abänderungsverordnungen. Sie treten am 13. Februar 1920 an die Stelle der mit Verordnung vom 29. Dezember 1919 (R. G. Bl. S. 298 der Sächs. Staatszeitung vom 30. Dezember 1919) bekanntgegebenen Höchstpreise.

Dresden, den 10. Februar 1920.

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

Auf Abschnitt A der Reichsfleischkarte gelangen in der Woche vom 9.—15. Febr. 1920

für Personen, die über 6 Jahre alt sind, 150 Gramm,
für Personen unter 6 Jahren 75 Gramm

Freischfleisch einschließlich Wurst zu Verteilung.

1 Pfund Rindfleisch kostet	3.10 M.
1 Pfund Kalbfleisch kostet	2.50 M.
150 Gr. Rindfleisch kosten	0.98 M.
75 Gr. Rindfleisch kosten	0.47 M.
150 Gr. Kalbfleisch kosten	0.75 M.
75 Gr. Kalbfleisch kosten	0.38 M.

Die Fleischbezugskarten der Gastwirtschaften werden voll mit Freischfleisch beliefert. Ramenz, am 11. Februar 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Zur Durchführung der vom Reichsminister der Finanzen nach dem Stande vom 1. Januar 1920

angeordneten Personenebenensaufnahme ist jedem Inhaber einer selbständigen Wohnung ein Wohnungslisten-Vordruck (Muster 1) und jedem Grundstücksbesitzer für jedes Haus ein besonderer Personenebenensaufnahme-Vordruck (Muster 2) zugegangen.

Die Wohnungslisten Vordrucke sind ausgefüllt und unterschrieben spätestens bis zum 16. d. s. Mts.

an den Hausbesitzer oder dessen Vertreter abzugeben, der sie nachprüft, ev. vervollständigt und nebst dem Personenebenensaufnahme-Vordruck spätestens bis zum 18. d. s. Mts. im Rathaus — Meldeamt — abzuliefern hat.

Auf die Anleitung zur Aufstellung der Wohnungslisten weisen wir besonders hin. Pulsnitz, den 13. Februar 1920.

Der Stadtrat

Das Wichtigste.

Die Abstimmung in der nördlichen Zone der beiden schleswigschen Abstimmungsgebiete hat sich zugunsten Dänemarks entschieden. Drei Viertel aller Stimmen sind für Dänemark abgegeben worden, ein Viertel der Abstimmenden entschied sich für Deutschland.

Die Wahlen zum Reichstage sollen nach einer Meldung aus Berlin wenn irgend möglich vor Ende Juli anberaumt werden.

Die Veröffentlichung der deutschen Gegenliste in der Auslieferungsrunde steht unmittelbar bevor.

Die Kriegsschuld Italiens beträgt gegenwärtig 42 Milliarden Lire, von denen 22 Milliarden auf das Inland und 20 auf das Ausland entfallen.

Der bayerische Landtag protestierte in einstimmiger Geschlossenheit gegen das Auslieferungsgesetz der Entente.

Das Berliner Organ der kommunistischen Partei, die „Rote Fahne“, ist bis einschließlich 25. Februar verboten worden. Der Vorstandsrat hat beschlossen, die Fondsabgabe am 17., 19., 21., 24., 26. und 28. d. M. ausfallen zu lassen.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Preise für Comosphosphatmehl, eine Verordnung betr. Abänderung der Verordnung über die Bildung einer Preisausgleichsstelle über Comosphosphatmehl und eine Verordnung über die Aufhebung des Handelsverbotes mit Ferro-Silicium.

Auf Grund einer Eingabe der internationalen Kommission ist die Abstimmung für die 2. Zone von Nordschleswig auf Sonntag, den 14. März verschoben worden.

Die Nordzone von Schleswig an Dänemark verloren.

Aus Hlensburg und Kiel vernehmen wir die schmerzliche Kunde, daß die Abstimmung in der ersten Zone Schleswigs, also in den Bezirken von Hadersleben, Løndern, Apenrade und Sonderburg das Ergebnis gebracht hat, daß für Deutschland gegen 21000, für Dänemark aber über 55000 Stimmen abgegeben worden sind. Dieses Wahlergebnis besagt, daß die nördliche Zone von Schleswig an Dänemark verloren worden ist, und daß wir nun von den in der Minderheit gebliebenen Deutschen in der nördlichen Zone von Schleswig Abschied nehmen müssen. Energetisch und mit allen Fasern ihres Herzens haben sich die Deutschen in Nordschleswig zum Deutschtum bekannt, und sie werden kühnlich auch unter der dänischen Herrschaft noch an dem Deutschtum festhalten, aber ein Verlust für die ganze Stellung des Deutschtums im Norden des Vaterlandes bedeutet diese Abstimmung doch. Möglich ist ja auch, daß Dänemark, getrieben von der Notwendigkeit, ein gutes Nachbarverhältnis mit Deutschland zu unterhalten, den Deutschen in

Nordschleswig alle Rechte für die Erhaltung ihres Deutschtums sichert, und daß sich schließlich daraus ein befriedigendes Verhältnis zwischen der Bevölkerung in dem Grenzgebiete entwickelt. Es sind ja auch Stimmen in der dänischen Presse laut geworden, welche für ein brüderliches Entgegenkommen für die zwangsweise in Dänemark einverleibten Deutschen der nördlichen Zone Schleswigs eintreten. So schreibt die angesehenere dänische Zeitung „Politiken“, daß alle Dänen an den Abstimmungstage fühlten, wie sich nun neue Ausdehnungsmöglichkeiten für das dänische Volk ergeben. Es gebühre dafür den Dänen herzlich gefassten Engländern und Franzosen Dank. Die Dänen müßten aber auch ihre Blicke nach dem Süden und nach Deutschland richten. Wenn Dänemark jetzt alles dänisches Land mit Minderheit deutscher Bewohner zurückhalte, so müsse Dänemark auch wissen, daß es den nach Dänemark hinübergekommenen Deutschen in brüderlicher Weise entgegenzukommen habe. Ganz undenkbar sei gegenüber diesen Deutschen die Anwendung von Methoden, die an die Methoden der preussischen Verwaltung in Nordschleswig erinnerten. Das Dänentum wünsche im Zeichen der Freiheit zu stehen, und die deutsche und die dänische Nation, die so viele Ursache hätten, sich gegenseitig zu verstehen und zu schätzen, sollten friedlich nebeneinander leben. Wir wollen hoffen, daß diese Worte in der dänischen Presse auch den Gefinnungen des dänischen Volkes und der Politik der dänischen Regierung entsprechen, denn sonst würde nun umgekehrt Dänemark mit der Einverleibung von etwa 150 000 deutschen Einwohnern sich einen Pfahl ins eigene Fleisch rennen. Noch ist ja auch der Kampf um die staatliche Zugehörigkeit Nordschleswigs nicht vollständig entschieden worden. In der zweiten Zone von Nordschleswig hat die Wahl noch stattgefunden und sie soll in vier Wochen vorgenommen werden. In dieser zweiten Zone Nordschleswigs liegen die Dinge für das Deutschtum viel günstiger als in der ersten Zone, und man mag nun mit aller Latkraft dafür gesorgt werden, daß das deutsche Vaterland bei der Abstimmung über die staatliche Zugehörigkeit in der zweiten Zone Nordschleswigs vor schlimmen Überraschungen bewahrt bleibt.

Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

(Wetterbericht.) Eine sehr tiefe Depression (von weit unter 720 mm) folgt jetzt der andern über Nordeuropa sehr schnell und da dabei zugleich intensiver Hochdruck im Südwesten sich befindet, so

herrschen starke Winde aus Südwesten bis Westen mit trübem, ziemlich mildem Wetter und Regenfällen. Eine Milderung von Bedeutung ist für die nächsten Tage nicht zu erwarten, da noch immer weitere Störungen folgen werden.

(Beschränkter Personenzugverkehr an Sonntagen) Vom nächsten Sonntag, den 15. Februar ab, werden an Sonntagen für den Vorortverkehr der Großstädte und für einzelne Ausflugsorte wieder einige Züge verkehren. Diese Züge werden auf den Stationen durch Schalteranschlag bekannt gemacht.

(Besichtigung.) In unserem gestrigen Bericht über die Sitzung des Ernährungsausschusses ist ein Irrtum unterlaufen insofern, als der Ernährungsausschuß die Erhöhung des Brotpreises nicht um 8 Pfg. sondern um 4 Pfg. (wie sie mit Wirkung vom 12. Februar an festgesetzt worden ist) zugestimmt hat.

SZ. — (Neue Zuckerpreise.) Das sächsische Wirtschaftsministerium hat mit Wirkung vom 13. Februar ab für das Gebiet des Freistaates Sachsen die Kleinhandelshöchstpreise für die verschiedenen Arten von Zucker auf 1.40 M bis 1.70 M für das Pfund festgesetzt.

(Milchpreise.) Die Preise für Milch und Molkereiprodukte aller Art werden demnächst mit Sicherheit sehr erheblich erhöht werden, da die Erzeugungskosten, die an sich schon seit langer Zeit höher als die Preise waren, in der letzten Zeit durch die allgemeine Geldentwertung mindestens auf das Doppelte der jetzigen Preise gestiegen sind. In einer am 10. Februar 1920 im Wirtschaftsministerium abgehaltenen Sitzung von Verbrauchern, Erzeugern, Kommunalverbandsvertretern und Molkereifachleuten wurde ein Ausschuß gewählt, der die endgültige Festsetzung vorbereiten soll, welche voraussichtlich noch im Laufe dieses Monats veröffentlicht wird.

(Wahnwichtige Papierpreise) 1000 Bogen Postpapier in Größe 46x59 Zentimeter, aus dem sich vier Quartblätter für Briefbogen oder Rechnungen schneiden lassen, kosteten im Frieden etwa 12 Mark. Jetzt werden 1000 Bogen mit 312 Mark angeboten, die noch vor 4 Wochen 120 Mark kosteten. Rechnet man zu solchen Papierpreisen die hohen Löhne und die übrigen, kaum zu erscheinenden Betriebskosten, so wird man leicht errechnen können, was heute Drucksachen herzustellen kosten.

